

## **Gemeinsame Pressemitteilung der Stadt Köln und des Katholikenausschuss‘ zur Reise einer Kölner Delegation nach Corinto und El Realejo/Nicaragua vom 22. bis zum 27.04.2019**

In Vertretung von Oberbürgermeisterin Reker reiste Bürgermeister Andreas Wolter mit einer Delegation, bestehend aus dem Vorstand des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Corinto e.V., dem stellvertretenden Vorsitzenden des Katholikenausschuss‘ in der Stadt Köln, Maximilian Rudloff, sowie Experten der Abfallwirtschaft aus Deutschland in Kölns Partnerstädte Corinto und El Realejo in Nicaragua.

Anlass der Reise war der Besuch und die erste Inbetriebnahme von Anlagen eines Projektes zur Neuorganisation der Abfallwirtschaft in Corinto, das unter Beteiligung der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG) durchgeführt wird.

Das Projekt mit einem Volumen von rund 550.000 Euro wird finanziert von Engagement Global gGmbH, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das bürgerschaftliche und kommunale Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Das Abfallwirtschaftsprojekt dient der Verbesserung der Abfalltrennung und dem Schutz der Müllsammlerinnen und Müllsammler, die bisher ungeschützt und unter schwierigsten Bedingungen auf der Deponie von Corinto nach wiederverwertbaren Materialien gesucht haben. Diese haben im Zuge des Projektes, in dem es auch um einen Technologietransfer und die Installation von Anlagen zur Müllsortierung geht, eine Kooperative gegründet.

Auch die weiteren Projekte innerhalb der Klimapartnerschaft zwischen Köln und Corinto/El Realejo zum Küsten-, Katastrophen- und Mangrovenschutz wurden besucht. Die Delegation konnte sich vom großen Nutzen aller Projekte für die Menschen vor Ort überzeugen, die durch die enge Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsverein und den Verwaltungen von Corinto und Köln ermöglicht wurden.

Angesichts der anhaltenden politischen Krise und der Menschenrechtslage in Nicaragua diente der Besuch auch der Klärung, unter welchen Bedingungen die gemeinsame Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung vor Ort fortgeführt werden kann. Daher wurden auch Gespräche mit der Deutschen Botschafterin in Nicaragua, Ute König, sowie verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, der politischen Opposition und mit Vertreterinnen und Vertretern der indigenen Gemeinschaften und der LBGT geführt.

„Es war eine sehr schwierige Reise. Die Menschenrechtslage in Nicaragua ist erschreckend, daher muss die Menschenrechtsarbeit in den Fokus der Städtepartnerschaft gerückt werden. Wir wollen die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort fortsetzen“, so Andreas Wolter, Bürgermeister der Stadt Köln.

Alle Gesprächspartner sprachen sich deutlich dafür aus, dass Köln weiterhin an der Seite der Menschen in Nicaragua stehen und Projekte unterstützen sollte, die der Bevölkerung vor Ort zugute kommen. Angesichts der politischen Krise sind die Lebensbedingungen in Nicaragua, dem zweitärmsten Land der westlichen Hemisphäre mit einem Durchschnittsjahreseinkommen von rund 2.000 US-Dollar, noch schwieriger geworden.

„Unsere Solidarität gilt dem nicaraguanischen Volk, unabhängig von der jeweiligen nationalen Politik. Dies war vor 30 Jahren so und ist es auch heute noch“, so die Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereins, Maria Suarez.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Gespräche mit Kirchenvertretern, unter anderem mit dem Bischof von Leon, Caesar Bosco Vivas Robélo. Seit 2011 gibt es eine lebendige Partnerschaft zwischen dem Katholikenausschuss in der Stadt Köln und der Stadtpfarre von Corinto. Schwerpunkt der Unterstützung sind soziale Projekte wie die Ausstattung eines Altenheimes und einer Kindersuppenküche. Auch das Erzbistum Köln hat im Zuge dieser Partnerschaft vielfache finanzielle Unterstützung geleistet. Im gemeinsamen Gespräch sprach der Bischof sich für Dialog, Frieden und Versöhnung aus und bat ebenfalls dringend darum, die Menschen in Nicaragua weiterhin zu unterstützen. Maximilian Rudloff, stellvertretender Vorsitzender des Katholikenausschuss in der Stadt Köln stellt fest: „Die Lebensbedingungen der Menschen sind so katastrophal, dass wir als Katholiken im Erzbistum Köln unsere Augen und Herzen nicht verschließen können.“